

## MENSCHEN

## Brotsommelier aus Bergneustadt

Ralf Gießelmann ist in NRW der Erste des Fachs – Sein Talent: Aromen verbinden

Das Außergewöhnliche ist hier normal. Wenn das Baguette mit Chili-Kakao-Kirsche-Geschmack über den Ladentisch gereicht wird, gibt es in der Bäckerei Gießelmann gleich einen guten Rat für den Kunden, wozu das Brot sich besonders als Beilage eignet. Ralf Gießelmann ist der erste Brotsommelier in Nordrhein-Westfalen und bislang auch der einzige. In Deutschland gibt es mit ihm zusammen zwölf. Sein Talent: Aromen zu verbinden. Aufgabe des Brotsommeliers ist es, neue Brotsorten zu erfinden und zu backen – zu beraten und für Qualität zu garantieren. In seiner Bäckerei, die im oberbergischen Bergneustadt ihren Hauptsitz hat, ist das Neude das Beständige. Monatlich gibt es Baguettes mit variierenden Geschmacksrichtungen, etwa mit Oliven-Fetkäse-Geschmack oder eine Spargel-Variante. Als Sommelier teilt Gießelmann mit, wie man das Baguette am besten belegt: das Spargel-Baguette mit einem Hauch Muskatnuss schmeckt am besten mit Schinken und Ei.

Natürlich staunt da der Laie, nur der Fachmann wundert sich gar nicht mehr, dass es so etwas wie einen Brotsommelier gibt. Ja, geben muss, findet der 41-Jährige. Schließlich ist es um den guten Ruf des Brotes gar nicht so gut bestellt in Deutschland. Beim Brot müsste diese Sensibilität erst wieder geweckt werden, erklärt er. „Deutsches Brot ist ein Kulturgut“, sagt Gießelmann. „Es ist sogar ein Weltkulturerbe.“ Nur leider sei das Brot nicht mehr in aller Munde.

Das Problem: In den 60er und 70er Jahren wurde Brot durch die Industrialisierung zu einem Massenprodukt. Wenn man davon aus-

**» Es geht darum, den Leuten Lust aufs Essen zu bereiten**

geht, dass zwei Schnitten heute satt machen, zählt man dafür im Durchschnitt nicht mehr als 30 Cent. Es wird als Billig-, nicht als Qualitätsprodukt wahrgenommen. Und als Dickmacher verschrien. Es würde sogar dumm machen, dumm wie Brot eben. Und noch eine Hürde: „Die Menschen bei uns haben keinen Hunger, es geht eher darum, ihnen Lust auf ein Essen zu bereiten“, sagt Gießelmann.

Er wollte etwas ändern – und plötzlich war die richtige Idee da: „Ich backe kreative Brote.“ Als er die Schule in Weinheim entdeckte, die Brotsommeliers ausbildet, stand für ihn fest, sich noch einmal auf die Schul-

bank zu setzen. Nach 480 Stunden und jeder Menge Erkenntnissen über Aromen, Weizen, Vollkorn, über die wichtigen und richtigen Dinge für die Ernährung war der Bäckermeister ein staatlich anerkannter Brotsommelier.

Auf den ersten Blick ein irritierendes Wort. Kennt man den Sommelier doch vom Wein. Er hilft, wenn man nicht weiß, ob einem der Wein schmeckt oder nicht. Oder wenn man fürchtet, eine Korknote zu übersehen. Sommeliers ziehen ihre Daseinsberechtigung aus dem Umstand, dass viele glauben, bei Wein unheimlich viel falsch machen zu können. Wer seine Entscheidung an den Sommelier delegiert, muss sich für seine Ahnungslosigkeit hinterher nicht rechtfertigen. Es gibt viele Arten

**» Dafür gibt es Sommeliers: um das Chaos wieder zu ordnen**

von Sommeliers: Käse-Sommeliers etwa, Fleisch-Sommeliers oder eben Brot-Sommeliers. Hierzulande wurden auch schon „Wasser-Sommeliers“ beobachtet. Sie sollen das Chaos wieder ordnen.

Und diese Ordnung existiert in Gießelmanns Kopf. Er wird leidenschaftlich, wenn er über seinen Beruf spricht. Auf die Zeiten verweist, als ein Euphrat und Tigris vor 8000 Jahren das Einkorn wuchs, eine der ältesten Getreidesorten, ein Vorläufer von Dinkel und Saatweizen. Dieses Einkorn, sagt Gießelmann, sei heute schon so etwas wie functional food, das eine besondere Wirkung als Lebensmittel auf den Organismus hat. Ein Bauer aus Wuppertal würde für ihn eigens dieses Einkorn wachsen lassen, sagt er. Genauso wie er mit dem hochwertigsten Schweizer Ruchmehl dunkle Brote backt. „Die Brotmischung ist meine Interpretation“, sagt Gießelmann. Grundsätzlich gehe es darum, den Menschen das Brot wieder näherzubringen.

Das Backen ist die eine Passion von Ralf Gießelmann, die andere der Handball. Der Mann, der von frühmorgens an in der Backstube steht, war im Tor schwer zu überwinden. Er schaffte es bis in die drithöchste Spielklasse. Nun setzen seine beiden kleinen Söhne die Tradition des Vaters im Sport, fort, so wie er in die Fußstapfen seines Vaters im Bäckergewerbe trat. Die Bäckerei Gießelmann gibt es seit 1925, und in Bergneustadt ist ihre Qualität kein Geheimnis. Nachhaltig soll es sein: das Zuhause, das Essen und auch das Brot. Dafür sorgt der Bäckermeister aus Bergneustadt.

Foto: privat

MICHAEL HESSE



### Ihr Draht zu uns



Sie erreichen heute zwischen 12 bis 13 Uhr am Lesertelefon  
**Friedemann Siering**, Redakteur Wirtschaft  
 unter: 0221/224 2666  
 E-Mail: Friedemann.Siering@dumont.de

## BILDUNG

# Mehr Zeit fürs Lernen

Sind neun Jahre besser als acht? Eltern sind laut einer Umfrage gegen die Verkürzung

VON KERSTIN MEIER

Köln. Vor „Schnellschüssen“ warnt NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann angesichts einer Umfrage der „Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen“. Darin sprach sich die große Mehrheit der Befragten für eine Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren (G9) aus (siehe Infobox). Löhrmann plädierte dafür, den am Runden Tisch gemeinsam eingeschlagenen Weg weiterzugehen, so eine Sprecherin.

### ZUR UMFRAGE

Bei der repräsentativen schriftlichen Umfrage wurden jeweils mehrere Eltern von mehr als 460 Gymnasien angeschrieben. Parallel lief eine Online-Befragung, an der sich 54 000 Teilnehmer beteiligten. Durchgeführt wurde die Umfrage von Rainer Dollase, emeritierter Professor der Universität Bielefeld, im Auftrag der Landeselternschaft. „Bei dem Ergebnis ist kein Zweifel möglich“, sagte Dollase im Gespräch mit dem „Kölnener Stadt-Anzeiger“: „Die Maßnahmen der Landesregierung befriedigen die Menschen offenbar nicht.“ Es sei schade, dass außer den Piraten nicht eine einzige größere Partei im Landtag dieses Anliegens der Mehrheit vertrete. „Wir haben jetzt zehn Jahre Zeit gehabt, das Beste aus G8 rauszuholen. Der ständige Hinweis auf mehr Ruhe überzeugt mich vor diesem Hintergrund nicht.“

### DER RUNDE TISCH

Zu viel Stress, zu wenig Freizeit – die massive Kritik flaute nicht ab, nachdem die Schulzeit an Gymnasien im Jahr 2005 verkürzt wurde. Als Reaktion berief Löhrmann 2014 einen „Runden Tisch“ zum Thema ein. Mit am Tisch saßen Vertreter von Eltern und Bürgerinitiativen, des Philologenverbands, des Landessportbunds, der Kirchen und des Landesverbands der Musikschulen. Schließlich sprach sich dieses Gremium mit großer Mehrheit gegen eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium aus.

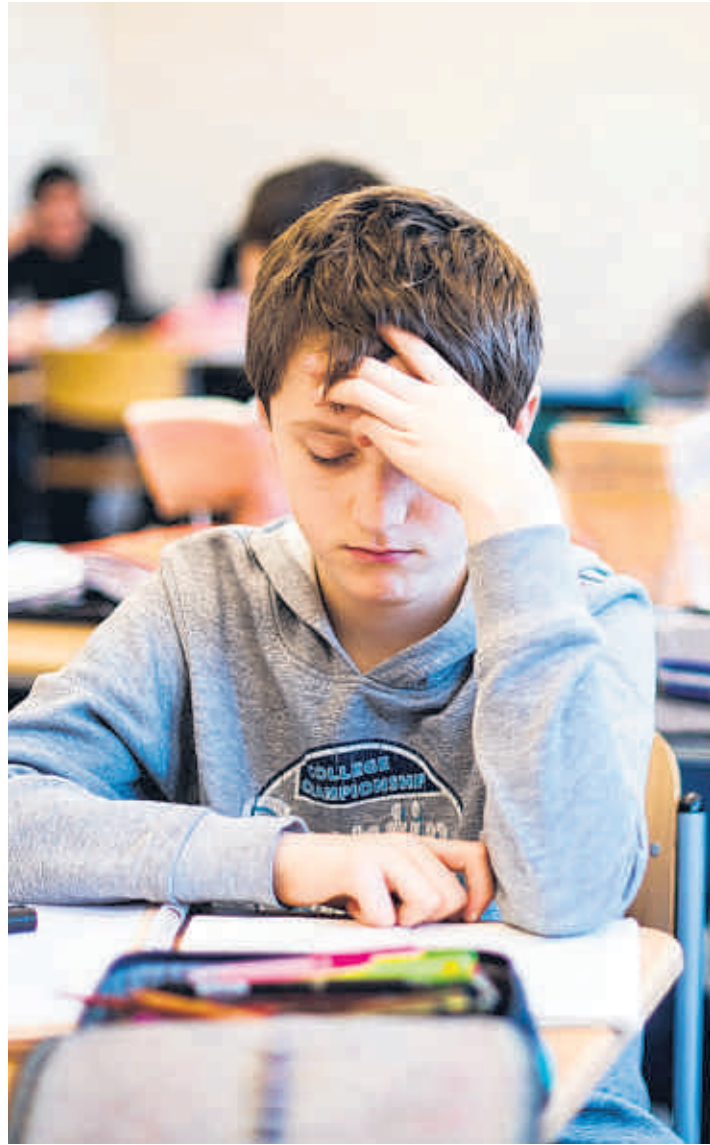
Das Backen ist die eine Passion von Ralf Gießelmann, die andere der Handball. Der Mann, der von frühmorgens an in der Backstube steht, war im Tor schwer zu überwinden. Er schaffte es bis in die drithöchste Spielklasse. Nun setzen seine beiden kleinen Söhne die Tradition des Vaters im Sport, fort, so wie er in die Fußstapfen seines Vaters im Bäckergewerbe trat. Die Bäckerei Gießelmann gibt es seit 1925, und in Bergneustadt ist ihre Qualität kein Geheimnis. Nachhaltig soll es sein: das Zuhause, das Essen und auch das Brot. Dafür sorgt der Bäckermeister aus Bergneustadt.

### Warum?

Weil es jetzt wieder dieses Thema nach oben spült, das rational nicht in den Griff zu kriegen ist. Ich mache jetzt seit 1981 Verbandsarbeit. Und ich habe noch nie ein Thema erlebt, das so emotional besetzt ist.

### Woran liegt das?

Die Eltern haben auf die Frage „G8 oder G9?“ ganz klar mit G9 geantwortet. Aber ohne zu berücksichtigen, ob das politisch umsetzbar ist. Sie denken, dass sie den Zustand von vor 2005 erreichen könnten,



Der Alltag an Gymnasien ist härter geworden.

Foto: dpa

### Die Umfrage-Ergebnisse

Zurück zu G9, dem neunjährigen Gymnasium, wollen 79 Prozent der befragten Gymnasialeitern. In der Online-Umfrage haben sich sogar 88 Prozent der befragten Eltern für eine Rückkehr zur G9 ausgesprochen.

**Auch bei Schülern**, Lehrkräften an Gymnasien und an anderen Schulen, außerschulischen Lehrkräften, Grundschulleitern und interessierten Mitbürgern war das Ergebnis für eine Rückkehr zu G9 eindeutig. So sprachen sich mehr

als 70 Prozent der Direktoren von Gymnasien dafür aus. Bei den außerschulischen Lehrkräften – zum Beispiel an Musikschulen – sogar 96,7 Prozent.

**Alternativen zu G8 –** wie ein reformiertes G8 und Gesamtschulen mit G9 – erreichen meist nur um 10 Prozent Zustimmung in allen Personengruppen. Die aufgrund der Widerstände gegen G8 beschlossenen Veränderungen finden nur mit geringen Prozentsätzen Beifall. (mm)

### ZEHN-PUNKTE-PROGRAMM

Stattdessen wurde ein „Zehn-Punkte-Programm“ verabschiedet, in dem Änderungen am bestehenden System und klarere Rahmenbedingungen für G8 beschlossen wurden: Weniger Nachmittagsunterricht und Hausaufgaben, Entlastung bei den Klausuren.

### EVALUATION

Die Maßnahmen, die am „Runden Tisch“ beschlossen wurden, sollen ab dem ersten Schulhalbjahr 2016/17 evaluiert werden. Das kündigte Schulministerin Sylvia Löhrmann erst in der vergangenen Woche an.

Eine Abfrage bei den Schulen durch die Bezirksregierungen hat bereits folgendes Bild ergeben: 70,4 Prozent der Gymnasien haben sich mit der Neuausrichtung der Ergänzungsstunden befasst, 66,2 Prozent mit dem Thema Hausaufgaben/Lernzeiten, 29,2 Prozent mit der Gestaltung der gymnasialen Oberstufe, 13,7 Prozent mit dem Nachmittagsunterricht und 13 Prozent mit dem Thema schulinterne Lehrpläne.

### REAKTIONEN AUF DIE UMFRAGE

„Die Hoffnung der Schulministerin, das Thema Schulzeitverkürzung am Gymnasium (G8) mit Hilfe des Runden Tisches zu befrieden, ist gescheitert“, sagt der Vorsitzende des Verband Bildung und Erziehung (VBE) NRW, Udo Beckmann. „Der kompromisslose Zwang der NRW-Landesregierung zum verkürzten Gymnasium ist Politik gegen die Betroffenen: Schüler, Eltern und Lehrer“, kommentiert Marcus Hohenstein, Sprecher der Volksinitiative „Abitur nach 13 Jahren an Gymnasien“. Die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW, Dorothea Schäfer, kritisierte die Umfrage: „Es ist der falsche Zeitpunkt, das Fass jetzt wieder aufzumachen“, sagte sie. Die geplanten Entlastungen bräuchten auch Zeit. „Wenn sich herausstellt, dass die Maßnahmen überhaupt keine Wirkungen zeigen, dann muss man natürlich reagieren.“

## „Wir können die Uhr nicht zurückdrehen“

Peter Silbernagel, Vorsitzender des Philologenverbands, über kürzere Schulzeiten

Herr Silbernagel, hat Sie das Ergebnis der Umfrage überrascht? Nein überhaupt nicht – alles andere als eine so eindeutige Ablehnung von G8 hätte mein Weltbild zum Einsturz gebracht. Solche Ergebnisse kommen bei diesen Befragungen heraus – das war auch schon in der Vergangenheit so. Mir wäre es allerdings lieber gewesen, man hätte nicht schon wieder eine Umfrage zu dem Thema initiiert.

### Warum?

Weil es jetzt wieder dieses Thema nach oben spült, das rational nicht in den Griff zu kriegen ist. Ich mache jetzt seit 1981 Verbandsarbeit. Und ich habe noch nie ein Thema erlebt, das so emotional besetzt ist.

### Woran liegt das?

Die Eltern haben auf die Frage „G8 oder G9?“ ganz klar mit G9 geantwortet. Aber ohne zu berücksichtigen, ob das politisch umsetzbar ist. Sie denken, dass sie den Zustand von vor 2005 erreichen könnten,

wenn sie jetzt zu G9 zurückkehren. Eine Halbtagschule ohne verpflichtenden Unterricht am Nachmittag: Um 14 Uhr soll Schluss sein und um 16 Uhr sind die Hausaufgaben fertig. Doch das sind Wunschvorstellungen. Wir hatten 2005, wenn ich mich recht erinnere, gerade mal zwei Dutzend Gymnasien im gebundenen Ganztag. Heute sind es 165. Und das ist nur ein Beispiel dafür, wie sich die Lehr- und Lernkultur an Gymnasien weiterentwickelt hat. Es ist unrealistisch diese Entwicklungen alle zurückzudrehen.

Halten Sie denn das achtjährige Gymnasium für das bessere Modell? Mein Herz schlägt nicht für G8, dafür gibt es pädagogisch keine Argumente. Aber ich bin der Letzte der sagt, NRW sollte jetzt schon wieder einen neuen Schwenk in der Schulpolitik machen. Wir sollten den Schulen die Möglichkeit geben, jetzt die Verbesserungen umzusetzen. Und dann mit Gelassenheit und Abstand schauen, ob G8 nicht doch vernünftig umsetzbar ist. Ich glaube das.

Sehen Sie die Sehnsucht nach der längeren Schulzeit also eher als Ausdruck einer allgemeinen Unzufriedenheit? Ja, ich denke, dass in dieser Befragung die Unzufriedenheit der Eltern mit schulpolitischen Reformideen zum Ausdruck kommt – und in besonderer Weise Sorge um ihre Kinder. Das respektiere ich. Ich muss aber auch sagen: Es ist nicht

völlig atypisch, dass Schüler auf einem Gymnasium auch an ihre Grenzen kommen. Einer Mutter, deren Kind Schwierigkeiten in Latein hat oder einem Vater, dessen Kind Probleme mit Mathematik hat, können Sie nur sehr schwer klarmachen, dass diese Probleme möglicherweise nichts mit der verkürzten Schulzeit zu tun haben. Wie denn auch? Das macht die Situation und die Diskussion so unbefriedigend.

Halten Sie denn das achtjährige Gymnasium für das bessere Modell? Mein Herz schlägt nicht für G8, dafür gibt es pädagogisch keine Argumente. Aber ich bin der Letzte der sagt, NRW sollte jetzt schon wieder einen neuen Schwenk in der Schulpolitik machen. Wir sollten den Schulen die Möglichkeit geben, jetzt die Verbesserungen umzusetzen. Und dann mit Gelassenheit und Abstand schauen, ob G8 nicht doch vernünftig umsetzbar ist. Ich glaube das.

Erleben Sie die Belastung der Schüler, über die die Eltern klagen, denn im Alltag an den Schulen?

Wir haben eine Wiederholer-Quote von 1,4 Prozent – das ist einer von 70 Schülern. 4300 Schüler haben im letzten Schuljahr das Gymnasium verlassen – das sind pro Jahrgangsstufe in der Sekundarstufe I ein bis zwei Schüler. An diesen Zahlen lässt sich definitiv kein Stress ablesen. G8 hat auch nicht dazu geführt, dass die Eltern den Gymnasien den Rücken gekehrt haben. Unsere Anmeldezahlen sind stabil.

Das Gespräch führte Kerstin Meier



**Peter Silbernagel** ist Vorsitzender des Philologenverbands NRW – der Berufsvertretung der Gymnasiallehrer.

## UN-SONDERGIPFEL



# „Der Staat sollte den Drogenmarkt kontrollieren“

Gespräch mit Barbara Gödde, die für die Kofi Annan Stiftung eine Legalisierung begründet – Von heute an bis zum 21. April diskutieren die UN über ein Ende der Cannabis-Verbotspolitik

Vom 19. bis zum 21. April findet eine UN-Sondersitzung zur Drogenpolitik statt. Im vergangenen Jahr veröffentlichte UN-Generalsekretär Ban Ki Moon einen Aufruf, eine „umfassende und offene Debatte“ zu führen, die alle Optionen einschließt“. Bans Vorgänger, Kofi Annan, hat sich für eine Legalisierung des Drogenkonsums eingesetzt. Barbara Gödde koordiniert in der Kofi Annan Stiftung die drogenpolitischen Bemühungen.

Frau Gödde, als bislang letzte hat auch die kanadische Regierung angekündigt, den Cannabis-Konsum legalisieren zu wollen. Damit liegt sie im Trend von früheren Staatschefs, die vor einem Jahr weltweit eine liberalere Drogenpolitik gefordert hatten. Was ist aus diesem Appell geworden?

Die Arbeit der Global Commission on Drug Policy, die ich von Seiten der Kofi Annan Stiftung unterstütze, begann schon 2011 mit einem Bericht über das Scheitern der herkömmlichen Drogenpolitik und rief dazu auf, alternative Wege auszuprobieren. Das Engagement von inzwischen acht ehemaligen Staatschefs und Persönlichkeiten wie Kofi Annan oder Javier Solana hat seither das Tabu um dieses Thema gebrochen, so dass selbst amtierende Staatschefs wie Barack Obama oder Juan Manuel Santos (Kolumbien) eine Neuorientierung der Drogenpolitik auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse fordern, ohne damit politischen Selbstmord zu begehen.

Kritiker werfen Liberalisierungsbefürwortern oft vor, sie würden Drogen verharmlosen...

Wir müssen akzeptieren, dass Drogen zum Großteil von denen konsumiert werden, die sich nicht durch die Androhung von Strafen abschrecken lassen, gerade eben Jugendliche. Höhere Strafen führen jedoch nicht zu weniger Konsum, Entkriminalisierung aber auch nicht zu höherem, wie zum Beispiel Portugal zeigt. Aber ganz klar: Es geht nicht um Verharmlosung, sondern darum, den bestmöglichen Umgang mit Substanzen, die viele unterschiedliche Risiken in sich bergen, zu finden. Wir wollen, dass Drogen den geringstmöglichen Schaden verursachen. Am Tabak lässt sich sehen, wie ein gefährliches und suchterzeugendes Produkt reguliert wurde, ohne es zu verbieten. Die Zahl der Nikotinsüchtigen ist in vielen Ländern zurückgegangen, das wurde mit Hilfe von Steuern, Verkaufsbeschränkungen und Öffentlichkeitskampagnen erreicht.

„Entkriminalisierung“ heißt konkret Freigabe von Produktion, Verkauf und Konsum?

Entkriminalisierung bezieht sich auf den Besitz von kleinen Drogenmengen für den persönlichen Gebrauch. Dieser soll nicht mehr strafbar sein, oder soll nur noch mit einem Bußgeld geahndet werden. Der Konsument von Drogen soll also nicht mehr als Verbrecher behandelt werden. In Deutschland wird dies ja zum Teil schon so gehandhabt. Wir sind der Meinung,

dass es besser wäre, den gesamten Markt für Drogen staatlicher Regelung zu unterziehen.

Wie soll das funktionieren?

Für weniger gefährliche Drogen kann dies über Lizenzen für Anbau und Verkauf geschehen, wie für Cannabis im US-Staat Colorado. Damit können Aspekte wie Alterskontrollen und Beschränkungen zur Werbung bestimmt werden. Kontrolliert wird dann auch die „Qualität“. Drogen sind immer riskanter, wenn sie von Kriminellen produziert und verkauft werden, die sich nicht um die Sicherheit ihrer Produkte kümmern.

Welche Drogen haben Sie im Blick, „weiche“ wie Cannabis und auch „harte“ wie Kokain, Heroin, synthetische Substanzen?

Prinzipiell sollten alle Drogen einer staatlichen Regelung unterworfen sein. Aber die gefährlichsten Drogen, wie Heroin, sollen natürlich nicht einfach für jeden über 18 erhältlich sein. Es sind Modelle denkbar, wo Menschen, die schon abhängig sind und es nicht schaffen, von Heroin loszukommen, dieses ärztlich verschrieben bekommen. Natürlich nur genug für den persönlichen Gebrauch und unter Aufsicht. In der Schweiz wird dies schon praktiziert und die Ergebnisse sind gut: Offene Drogenmärkte, welche andere Bürger ja am meisten stören und verängstigen, sind zurückgegangen, ebenso die Beschäftigungskriminalität, und Menschen, die vorher weit am Rande unserer Gesellschaft stan-

den, schaffen es, wieder ein relativ normales Leben zu führen.

Was ist der Auslöser Ihrer Initiative? Das Ausmaß der „Kollateralschäden“ des globalen Kriegs gegen Drogen ist unerträglich. Es ist ein enormer internationaler Schwarzmarkt entstanden, der Gewalt und Korruption schürt. In den Erzeugerländern sterben Tausende in Bandenkriegen oder in Auseinandersetzungen mit der Polizei, allein in Mexiko bis 2012 mehr als 60 000. In Konsumentenländern werden kann, liegt daran, dass es Teil des Mainstream geworden ist. Selbst Obama hat zugegeben, dass er Cannabis geraucht und sogar Kokain ausprobiert hat. Wäre er damals von der Polizei aufgegriffen worden und wäre verurteilt worden, wäre er heute nicht US-Präsident. Er hat Glück gehabt. Aber Millionen andere leiden oft mehr unter den Folgen einer Vorstrafe, als ihnen der Drogenkonsum an sich geschadet hat. Dies muss sich ändern.

Im Grunde sind die Vereinten Nationen der ideale Ort, um eine Änderung anzustreben. Die meisten nationalen Drogengesetze beruhen sich doch auf Vereinbarungen der UN. Die Drogenkonventionen von 1961, 1971 und 1988 bilden die Grundlage der internationalen Drogenpolitik. Allerdings ist zweifelhaft, ob die heutige Drogenpolitik die einzige Auslegung dieser Konventionen sein muss. In der ersten Konvention heißt es, das Ziel sei die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschheit. Der Krieg gegen die Drogen hat uns diesem Ziel nicht nähergebracht. Wir brauchen also eine Rückbesinnung und Neuorientierung.

Das Gespräch führte Thomas Geisen

Barbara Gödde arbeitet seit 2012 bei der Kofi Annan Foundation als Beraterin für den früheren UN-Generalsekretär. Ihr Arbeitsfeld umfasst friedensaufbauende Maßnahmen nach Konflikten sowie Drogenpolitik.



Barbara Gödde arbeitet seit 2012 bei der Kofi Annan Foundation als Beraterin für den früheren UN-Generalsekretär. Ihr Arbeitsfeld umfasst friedensaufbauende Maßnahmen nach Konflikten sowie Drogenpolitik.

### Warum eigentlich verteufern viele

men bindet als völkerrechtlicher Vertrag mehr als 180 Staaten und bestimmt nationale Betäubungsmittelgesetz.

### 1971/1972 sowie 1988

wurden die Bestimmungen auf weitere Substanzen ausgedehnt.

### 1998

Wird auf der 20. UN-Vollversammlung zum Weltrogenproblem vereinbart, innerhalb der kommenden zehn Jahre alle Pflanzen zu vernichten, aus denen Drogen hergestellt werden können. (tg)

## Freigabe oder weiter Verbot?

Positionen in der deutschen Debatte um die Cannabis-Politik

VON THOMAS GEISEN

Zum nichtmedizinischen Cannabisgebrauch haben sich in Deutschland in den vergangenen Monaten viele Verbände und Organisationen geäußert. Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen wird die Positionen demnächst in ihrem Jahresbericht darstellen. Der „Kölnener Stadt-Anzeiger“ skizziert vorab in Auszügen:

**» Gesellschaft für Suchtforschung und Suchttherapie**  
 Die Gesellschaft lehnt die Kriminalisierung der Konsumenten ab und schlägt stattdessen die Regulierung sowohl von Alkohol, Tabak als auch Cannabis über Verfügbarkeit und Preis vor. Der Schutz Jugendlicher wird betont.

**» Deutsche Gesellschaft für Suchtmedizin**  
 Die einseitige Fokussierung auf Strafverfolgung wird als eine Fehlkonstruktion gewertet.

**» Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde**  
 Insbesondere psychische und gesundheitliche Störungen und die Risiken des Konsums im Jugendalter werden betont. In der Kriminalisierung sieht die DGPPN einerseits psychosoziale Belastungen, andererseits eine Chance, dass Kiffer schneller Hilfe suchen.

**» Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit in der Suchthilfe**  
 Gerade das Verbot von Cannabis wird als Hindernis bewertet, frühzeitig Hilfsangebote anzunehmen.

**» Schildower Kreis**  
 Mehr als 120 Strafrechtsprofessoren fordern eine Überprüfung des Betäubungsmittelgesetzes. Der Staat gebe mit seiner Cannabispolitik die Kontrolle über Verfügbarkeit und Reinheit von Drogen auf. Dies muss sich ändern.

**» Bund Deutscher Kriminalbeamter**  
 Er unterstützt die Forderung der Strafrechtler nach einer Überprüfung des Betäubungsmittelrechts.

**» Deutsche Polizeigewerkschaft**  
 Sie will den Kampf der Strafverfolgungsbehörden gegen Drogenhandel und Drogenmissbrauch fortsetzen. Entkriminalisierung, Regulierung oder Liberalisierung führten zu mehr Konsum.

**» Gewerkschaft der Polizei**  
 Auch diese Gewerkschaft lehnt die Liberalisierungsdebatte strikt ab.

### » CDU/CSU

Die Unionsparteien sind gegen eine Gesetzesänderung.

### » SPD

Die SPD hatte lange Zeit keine klare Meinung. Aus den Bundesländern gibt es Bestrebungen, die Bundespartei zur Legalisierung zu bewegen.

### » Grüne, Linke und FDP

sprechen sich für einen weniger an Strafverfolgung orientierten Umgang mit Cannabis und eine streng reglementierte Abgabe aus.